

Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Zeitung

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen

Monatlicher Bezugspreis

vorwärts 290 M., mit Postlohn 300 M.

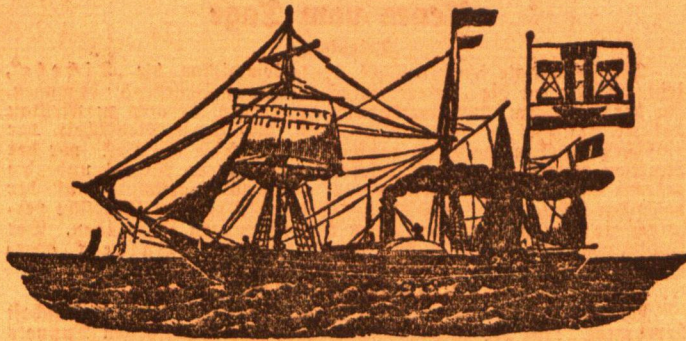
Druckstunden der Redaktion: Vorm. 11 bis 12 Uhr außer Montag und Sonnabend

Für Aufbewahrung und Rückendung unbenutzter eingekaufener Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Die Expedition ist geöffnet:

An Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags.

Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.



Anzeigen werden für den Raum einer Kolonelle Spalte vor Abonnenten mit 16 M., von Nicht-Abonnenten u. Auswärtigen mit 20 M. berechnet. Reklamen für die 50 M., Auswärtige 70 M. die Zeile bei Erfüllung von Blaupostvorschriften 50% Aufschlag. Eine Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze kann nicht übernommen werden.

Einwärtiger Rabatt kann im Konkursfalle, bei Eingebung des Rechnungsbetrages auf gerichtlichem Wege und außerdem dann verweigert werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Erfüllungsort ist Memel.

Anzeigen für die folgende Nummer bestimmt sind spätestens bis zum 10 Uhr einzuliefern.

Telephonische Anzeigenannahme ohne Gewähr für Richtigkeit. Verlag-Exemplare kosten 15 M.

Fernsprechnummern: 26 und 28.

Ar. 300

Memel, Sonnabend, den 23. Dezember 1922

74. Jahrgang

Die deutschen Reparationsvorschläge

Zunächst keine Ruhrbesetzung

Als Berlin, 22. Dezember. (Priv.-Tel.) So begreiflich das Interesse der Öffentlichkeit ist, genaues über die Reparationspläne zu erfahren, so begreiflich ist es andererseits, daß die Reichsregierung nicht gewillt ist, ihre Karten vor der Zeit aufzudecken. So ist sich auch heute über die Berliner Beratungen nur berichtet, daß der Reichsaussenminister, der Reichsfinanzminister und der Reichs-Justizminister einzelne der Parteiführer bei sich hatten. Es handelte sich dabei vor allem um die Erklärung der politischen Seite des Reparationsproblems, während die wirtschaftliche Seite weiter in den Verhandlungen mit den Sachverständigen geklärt wird. Es wäre auch schon aus dem Empfang der Parteiführer den Schluss zu ziehen, daß die Freilegung der Vorschläge bereits erfolgt sei, vielmehr werden die Beratungen fortgeführt, und sie dürften, wie schon gemeldet, erst zwischen Weihnachten und Neujahr zum Abschluss kommen.

Im übrigen liegen zum Reparationsproblem eine Fülle von einander widersprechenden Nachrichten vor. Während auf der einen Seite behauptet wird, England und Frankreich haben sich bereits auf einen gemeinsamen Plan für die Pariser Konferenz geeinigt, wird andererseits wieder berichtet, daß der bedenkenswerten Austausch zwischen Paris und London so lange unterbrochen sei, bis die deutschen Vorschläge vorliegen, da es sich um die französische Auffassung wackelt, und die Gedankenanstrengungen zwischen den Verbündeten über die Absichten Deutschlands nicht unterrichtet seien. Das Interesse für die amerikanischen Pläne ist in Pariser Kreisen zurzeit zurück, und man erwartet mit Spannung die Entscheidung in Berlin. Auch über die Haltung Mexikos gehen die Meldungen weit auseinander. Während offizielle englische und französische Stellen nachdrücklich versichern, daß an keinerlei Kenntnis davon habe, daß Amerika auf Ersuchen der deutschen Regierung die Einsetzung einer Untersuchungskommission vorzuschlagen habe, die die deutsche Zahlungsfähigkeit prüfen soll, meldet ein Telegramm aus New York, daß der Präsident der amerikanischen Handelskammer erklärt habe, die Initiative zur Einberufung einer solchen Kommission komme nicht von der deutschen Regierung, sondern gehe von der amerikanischen Seite aus, und alle Maßnahmen, die die amerikanische Regierung zu ergreifen für notwendig halte, hätten die handelsrechtliche Zustimmung der amerikanischen Handelskammer. Bei der Fülle dieser widersprechenden Nachrichten scheint nur das eine sicher zu sein, daß die Frage der Ruhrbesetzung zunächst als erledigt gelten kann, und die geistige französische Senatsdebatte hat diesen Eindruck nur noch verstärkt. So wird aus New York gemeldet, das amerikanische Staatsdepartement habe die Nachricht aus Paris erhalten, daß Frankreich keinerlei Plan zur vorzeitigen Besetzung des Ruhrgebietes im Januar ausarbeite. Staatssekretär Hughes wurde aus Paris verhandelt, Frankreich wolle keine praktischen Maßnahmen in der Reparationsfrage ergreifen, bevor die gegenwärtigen Verhandlungen unter den Alliierten abgeschlossen sind. Gleichzeitig wird aber auch laut „New York Herald“ in Washington demontiert, daß die Vereinigten Staaten ihre Truppen vom Rhein zurückziehen würden, wenn die Franzosen weiter nach Deutschland einrückten.

Amerikas angelegliche Konferenzvorschläge

* Paris, 22. Dezember. (Tel.) Wie der Londoner Berichterstatter des „Pettit Parisien“ meldet, scheint es nicht, daß die Regierungen von Paris und London jetzt neue Verhandlungen einleiten, um eine Entscheidung vor der Konferenz von Paris zu erzielen. Was das Gerücht über eine mögliche Intervention Amerikas hinsichtlich der Besetzung der deutschen Verpflichtungen durch ein Bankierkomitee anbelangt, so befragte man, daß die englische Regierung nicht einmal indirekt Vorschläge des Kabinetts von Washington erhielt, aber man erklärte, daß Paris und Rom ein derartiges Angebot durch ihre Botschafter in Washington erhielten. Man fügte hinzu, Paris und Rom hätten diesen Vorschlag für unannehmbar erklärt. Demgegenüber die italienische Regierung lehne in sehr bestimmter Form einen Bankierausschuß in einer Frage, die für die Alliierten ein vitales Interesse bedeute, ab.

* London, 22. Dezember. (Tel.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ erzählt, daß die Besprechungen zwischen Frankreich und Großbritannien über die Januar-Konferenz fortgesetzt werden.

Senator Borah schlägt eine Abrüstungskonferenz der Weltmächte vor

* London, 21. Dezember. (Tel.) „Reuter“ erfährt aus Washington, der Führer der Gruppe der „Unabhängigen“, Borah, brachte im Senat zur Marinekreditvorlage einen Abänderungsantrag ein, worin Präsident Harding aufgefordert wird, eine Konferenz der Weltmächte einzuberufen, um die wirtschaftlichen Zustände zu erwägen und um eine Vereinbarung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande herbeizuführen. Der Antrag stellt dem Präsidenten anheim, die Mächte zu bezeichnen, die zur Konferenz eingeladen werden sollen. Borah sagte, neben anderen wohlthätigen Ergebnissen werde der Antrag vielleicht dazu führen, über den toten Punkt bei der Behandlung der Reparationsfrage hinwegzuhelfen.

Protest gegen die Grenzregelung in Oberschlesien

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Breslau hat die Entscheidung der interalliierten Grenzkommission, wonach die Gemeinde Patsch der Tschechoslowakei einverleibt wurde, in Patsch und dem gesamten Kreise Ratibor die größte Erregung hervorgerufen. Im Auftrage der Gemeinde begab sich eine Deputation nach Berlin, um die maßgebenden Stellen aufzufordern, eine sofortige Revision der unangenehmen Entscheidung durchzuführen. Der Ratiborer Kreistag beschloß einstimmig die Abendung eines Protesttelegramms.

Revision zum Hardenprozess

* Berlin, 22. Dezember. (Tel.) Die „B. Z. am Mittag“ meldet, Hardens Rechtsbeistand legte beim Reichsgericht Revision in dem Prozess gegen Weichardt und Grenz, die den Anschlag auf Harden verübten, ein. Der Prozess Klante, der gestern wegen Klantes Gesundheitszustand unterbrochen wurde, wurde am Vormittag wieder fortgesetzt.

Der Billionenetat des Reichs

* Berlin, 22. Dezember. (Tel.) Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstag abend den Etatsvorschlag für 1923 an. Der Mehrbedarf, der infolge der fortschreitenden Geldentwertung erforderlich wird, soll dadurch gedeckt werden, daß Anleihefonds eingestellt werden. Alles in allem genommen gibt der Haushalt nur den Rahmen für eine ordnungsmäßige Fortführung der Reichsverwaltung und der Betriebsverbände ab. Der Gesamtausgabenetat des Haushalts der allgemeinen Reichsverwaltung überschreitet zum ersten Mal eine Billion Mark.

Abermalige Verdoppelung der Postgebühren

* Berlin, 22. Dezember. (Priv.-Tel.) Am 21. Dezember ist der Entwurf der neuen Postgebühren dem Reichsrat zugegangen. Der neue Posttarif, der am 15. Januar in Wirksamkeit treten soll, wird im allgemeinen eine Verdoppelung der jetzigen Sätze vorsehen. Die Postkarte wird 10 Mark, der Ortsbrief 20 Mark, der Brief im Fernverkehr 50 Mark kosten.

Das Urteil im Rahardt-Prozess

* Berlin, 22. Dezember. (Tel.) Im Rahardt-Prozess ist das Urteil ergangen. Karl Rahardt erhielt eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten, wovon 1 Jahr 2 Monate Untersuchungshaft angerechnet werden, ferner eine Geldstrafe von 12000 Mark und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für 3 Jahre. Erich Rahardt wurde zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 10 Monaten Untersuchungshaft, ferner 102000 Mark Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Oskar Hoffmann erhielt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft und 6000 Mark Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust.

Die Verhandlung, die an Zwischenfällen sehr reich war, gipfelte in sehr ausführlichen Plaidoyers der beiden Anklagevertreter. Ueberhaupt wurden die letzten Tage lediglich dazu benutzt, die Staatsanwälte, Verteidiger und Angeklagten zum Worte kommen zu lassen. Rechtsanwält Grünspach behauptete, daß von der Anklage nichts weiter übrig geblieben sei als die Beschuldigung, daß Rahardt für die Handwerkskammer, deren Interessen ihm anvertraut waren, eine gute Wiederherstellung ihres Gebäudes und für sich 50000 Mark erzielt haben soll. Die Verteidiger Schmoller, Schumann und Dr. Frey wendeten sich besonders gegen die hohen Strafauträge. In einem Schlusswort legte Karl Rahardt noch einmal sein ganzes Leben dar. Er habe seine ganze Kraft dem deutschen Handwerk gewidmet und sei stets korrekt vorgegangen. Bei jeder zweifelhaften Sache habe er den Staatskommissar um Rat gefragt.

Rußland gegen Lausanne

* London, 22. Dezember. (Tel.) Tschitscherin erklärte auf die Frage des Berichterstatters der „Daily News“, ob er den Lausanner Vertrag auf keinen Fall unterzeichnen werde: natürlich nicht. Er sagte, die Art, wie die Verhandlungen der Konferenz geführt wurden, sei eine Unfreundlichkeit gegenüber Rußland. Die aggressive Haltung der Alliierten gegenüber Rußland wurde während der ganzen Zeit beibehalten. Solange man auf dem System bestehe, welches die britische Regierung in dem Vertrag an der Spitze habe, sehe er keine Möglichkeit zu irgend einer ernstlichen Annäherung zwischen den beiden Völkern. Zum Schluss drückte Tschitscherin die Forderung nach Anerkennung der bolschewistischen Regierung aus. In ihrem Leitartikel schreibt die „Daily News“, es spreche viel für die de jure-Anerkennung der Sowjetregierung, aber die in Genua und im Haag von den Alliierten gestellten vernünftigen Bedingungen lehne Rußland noch immer ab.

* Paris, 19. Dezember. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß die Sowjetregierung beschlossen hat, eine neue 4. Orientkonferenz entweder in Moskau oder Ljaschent einzuberufen. Die Sowjetregierung betont, daß in Anbetracht der gegenwärtigen internationalen Lage Rußland von den übrigen Staaten so sehr getrennt sei, daß es ihm nur übrig bleibe, sich vorläufig nach dem Orient zu konzentrieren.

Rosbach unter der Anklage der Fahnenflucht

Wie den Berliner Blättern berichtet wird, erhob der Staatsanwalt in Schwerin gegen Leutnant Rosbach Anklage wegen Fahnenflucht. Es handelt sich um den Uebertritt der Rosbachtruppe ins Baltikum im Jahre 1919.

Für eilige Leser

Die deutschen Reparationsvorschläge dürften erst zwischen Weihnachten und Neujahr fertiggestellt werden. Der Gesamtausgabenetat des deutschen Reichshaushaltsbetritts überschreitet zum ersten Mal eine Billion Mark. Zum 15. Januar sollen die deutschen Postgebühren abermals verdoppelt werden. Tschitscherin erklärte, Rußland werde den Lausanner Vertrag nicht unterzeichnen. Im Rahardt-Prozess wurde das Urteil gefällt. Oskarurs vom 22. Dezember: 6768,06 (21. Dezember: 6788,12).

Aus der letzten deutschen Kaiserzeit

(Von unserem Berliner Ks.-Mitarbeiter)

Man könnte fast meinen, es sei ein wenig viel geworden all der „Erinnerungen“ der Männer, die in den letzten Jahren das Schicksal Deutschlands haben mitbestimmen helfen, die als Minister, Botschafter, General oder gar an höherer Stelle noch gestanden haben, und nun den Drang in sich spüren, Erlebnisse und Gestalten ihrer Zeit der Nachwelt zu übermitteln, wobei oft die Ergebnisse solcher Schriften im umgekehrten Verhältnis zum früheren Rang ihres Verfassers stehen. Und nun kommt der frühere langjährige Presschef im Auswärtigen Amt, Otto Hamann, und legt uns ein Werk vor: „Wilder aus der letzten Kaiserzeit“ (Verlag von Reimar Hobbing, Berlin), das mit zwölf genial gezeichneten Charakterköpfen von Graf Gullbransson ausgestattet ist. In bunter Reihe ziehen sie hier an uns vorüber, die in der letzten Kaiserzeit eine Rolle gespielt haben, Kanzler und Minister, Botschafter, beamtete und unbeamtete Größen: Wallin, der geniale Leiter der Hamburg-Amerika-Linie, „ein geborener Weltpolitiker von reichsten Kenntnissen und scharfsinnigstem Erfassen von Menschen und Dingen“, v. Riederlen-Wächter, Tirpitz, Dr. Solf, Wahnschaffe, Erzberger, den Hamann gegenüber mancherlei Angriffen verteidigt, Solstein, die graue Eminenz, der unter drei Kanzlern seine Intrigen spann, und von dem selbst der Kaiser in seinem Buch schreibt, daß Bismarck Fritz von Solstein „zeitweilig zum spiritus rektor sowohl des Auswärtigen Amtes wie der auswärtigen Politik geworden“ war. Sicher hat dieser seltsame Mann und so mancher andere, der an zweiter oder dritter Stelle tätig war, die Geschicke des Reiches stärker beeinflusst, als die Männer, die an der Spitze standen, und doch ist es begreiflich, wenn ihnen das Hauptinteresse des Lesers sich zuwendet, immer wieder verknüpft mit dem Gedanken: Sah niemand von ihnen das kommende Unheil voraus, und was geschah, um es abzuwenden?

Da ist zunächst des Reiches Kanzler Bernhard von Bülow, „virtuos in der Reproduktion des irgendwo Gelesenen und Erfahrenen, manchmal empfindlich, wenn auch keine Spur eitel, alles Gelegenheits schnell erfassend, aber frei von tiefem Schöpferdrang, Freund alles Natürlichen ohne starkes Naturgefühl, immer geistvoll, nie begeistert.“ Man weiß, die „Mera Bülow“ hat scharfe Kritiker gefunden. Hamann läßt dem Fürsten mehr Gerechtigkeit widerfahren, und es ist in der Tat interessant, zu sehen, wie Bülow sich um die Erziehung des Deutschen zur Politik bemühte. Seine Mahnungen richteten sich freilich auch nach oben. „Mit dem Kaiser ist er öfters so freimütig und eindringlich gewesen, wie es unsere Öffentlichkeit dem lebenswichtig erscheinenden Manne kaum zutraute. Er warnte beizeiten vor heraufziehenden Gefahren und bemühte sich, den Grundirrtümern der kaiserlichen Weltanschauung entgegenzuwirken.“ Gewiß ist freilich dennoch, daß Bülow, nachdem er in den Jahren 1898 bis 1901 die Dinge mehr oder weniger hatte geleitet lassen und den Anschluß an England verpackt hatte, später nicht alles daran gesetzt hat, um zu der Verständigung mit England zu kommen, wenn er sich auch ehrlich um diese Verständigung bemüht hat. In diesem Kampf blieb sein Gegenspieler Sieger. Tirpitz hat es meisterlich verstanden, die deutsche öffentliche Meinung, wie auch den Kaiser für seine Flottenpläne zu gewinnen, und vor dieser öffentlichen Meinung, wie auch vor dem Kaiser ist Bülow schließlich zurückgewichen.

Den Admiral nennt Hamann wohl mit Recht einen Meister der politischen Taktik und fügt hinzu, „man kann es nur bedauern, daß ihr seine antienglische Tiefenpolitik verhiemelte, sich auch als großer Staatsmann zu bewähren.“ In dem Widerstreit zwischen Kanzler und Admiral sieht Hamann auch den tieferen Grund dafür, daß die deutsch-englische Verständigung nicht zustande kam. Das Scheitern dieser Annäherungsversuche hat das Schicksal Deutschlands unheilvoll beeinflusst. „Ganz England glaubte fest an aggressive Tendenzen der deutschen Flottenpolitik. Deshalb duldete und begünstigte das liberale Ministerium die Feindseligkeiten der Ententegegenossen gegen Deutschland. Wäre aber diese machtpolitische Gegnerschaft Englands durch eine vertragliche Begrenzung der Seerüstungen nicht mehr oder nur in geringerer Schärfe vorhanden gewesen, so hätte wahrscheinlich die Julikrise 1914 einen anderen Verlauf genommen und Deutschland und mit ihm Europa hätten nicht ihr großes Unglück erlebt.“

Bülow's Nachfolger wurde dann Theobald von Bethmannstr. Gollweg, in fast allem das Gegenteil Bülow's, „gründlich, ernst und schwer im Auftreten, humoristisch nur für den Hausgebrauch, altpreußisch im Respekt vor jedem Amt secundum ordinem, kerndeutsch in der Liebe zur Heimat, zur Selbstkritik geneigt und hohen inneren Schwungs fähig.“ Er hat das Schicksal nicht mehr wenden können und er hat auch darin keine Aenderung herbeizuführen vermocht, daß die deutsche Politik durch das Säbelgerassel und auch den Widerstreit zwischen Bülow und Tirpitz in den Geruch der Zwiespältigkeit geraten war. Die Tragik seines Geschicks lag darin, daß er vielleicht unter den gegebenen Verhältnissen und bei seinem persönlichen Ansehen auch in den feindlichen Lagern der geeignete Mann war, der Deutschland einen vernünftigen Verständigungsfrieden verschaffen konnte, und daß er in dem Augenblick abtreten mußte, da er dem Ziel schon nahe zu sein glaubte. Damit sind denn ja schon die Kriegsfragen angeschnitten, die ausführlicher in einem sehr beachtenswerten Kapitel „Der oberste Kriegsherr“ zusammengefaßt sind.

So werden in diesem Werk, in dem sich wieder die glänzende Darstellungskraft Hamann's bewährt, die Vorgänge in der deutschen Politik der letzten Kaiserzeit dargestellt. Daß diese Vorgänge so unerfreulich sind, dafür bietet Hamann manche dankenswerte Aufklärung. Zugleich sieht man freilich immer wieder, daß es falsch wäre, eine einzelne Person dafür verantwortlich zu machen. Durch Geschehen- und Bewährnlassen haben wir fast ohne Ausnahme die Mitschuld auf uns. Das ist das wenig erfreuliche Bild der letzten Kaiserzeit.

Poincaré im Senat

Ein klassisches Moratorium — Die Pfänderfrage

Paris, 21. Dezember. Der Senat begann mit der Beratung der drei Interpellationen der Senatoren Gaudin de Villaine, Japy und Gastonnet über die auswärtige Politik der Regierung. Zur Begründung seiner Interpellation sagt Japy aus, es sei unendlich wichtig, das Ruhrgebiet zu besetzen, es genüge, wenn man Deutschland hindere, irgendwas ohne Erlaubnis der Alliierten aus dem Ruhrgebiet herauszubringen. Gastonnet verzichtet auf eine Begründung seiner Interpellation, damit Poincaré sofort das Wort ergreifen könne. Dieser sagte, Deutschland beharre bei seinem Fehler. Seine Magnaten der Großindustrie hätten sich auf Kosten des deutschen Volkes bereichert. Die Inflation sei in beträchtlichem Maße gestiegen. Die wirtschaftliche und finanzielle Miswirtschaft könne in Deutschland die beklagenswerteste Katastrophe nach sich ziehen. Deutschland habe vor allem zu niedrigen Preisen exportieren wollen und habe sich systematisch ruiniert, um der Reparationszahlung zu entgehen. Man kündige neue deutsche Vorschläge an. Es werde sich wahrscheinlich um ein klassisches Moratorium handeln. Man müsse Deutschland einer effektiven Kontrolle unterwerfen. Deutschland habe Domänialgüter, worüber nach Artikel 248 des Friedensvertrages die Alliierten ein Privileg ersten Ranges besäßen. Er werde von den Alliierten verlangen, mit Frankreich diese Pfänder zu nehmen oder Frankreich sie für gemeinsames Konto nehmen zu lassen. Poincaré sagt, wir wollen Deutschland nicht ruinieren, wir wollen aber auch nicht, daß es in einigen Jahren, nachdem es sich heute hinter seine Armut versteckt, über unsere tatsächliche Armut sich lustig machen kann. Unter dieser Reserve werden wir uns nicht den Bemühungen Deutschlands widersetzen, seine Währung zu stabilisieren. Diese Frage werde den Gegenstand der Verhandlungen am 2. Januar bilden. Dann wird auch über die alliierten Schulden gesprochen werden. Poincaré behauptet, daß er ein weitgehendes Entgegenkommen hierin gefunden habe und daß man nicht mehr auf Amerika warten wolle, um die Frage der europäischen Schulden zu regeln. Poincaré beendete seine Rede, indem er sagte: Wenn Meinungsverschiedenheiten aufkämen, werde man darüber wachen, daß sie niemals in Uneinigkeit ausarteten. Nachdem noch Senator Faucots, Marsal und Ribot gesprochen, wurde der Regierung durch Annahme der einfachen Tagesordnung mit Handaufheben das Vertrauen ausgesprochen.

Paris, 21. Dezember. Zu einer Ausrufung Ribots, es gäbe andere Pfänder als das Ruhrgebiet, bemerkte Poincaré durch einen Zwischenruf: „Ich habe keines, weder die Ruhr noch ein anderes genannt.“ Ribot weist im weiteren Verlauf seiner Rede auf die Pfänder im besetzten Rheinland, namentlich auf die deutschen Kollektoren, die in Gold erhoben würden, hin. Eine negative Haltung Englands würde er jetzt nicht verstehen. Es wäre eine Enttäuschung für ganz Frankreich, wenn die Verhandlungen demnächst nicht zu einem Einverständnis führen würden.

Die ostpreussischen Autonomiebestrebungen

wurden, wie gemeldet, in diesen Tagen auch in der Königsberger Stadtverordnetenversammlung behandelt. Sie hängen mit der Absetzung zweier deutschnationaler ostpreussischer Landräte, des Freiherrn von Braun und des Herrn v. Aumerz zusammen. Schon vor dem Beschluß der preussischen Regierung, ein paar ihrer allzu passiven Vertreter kaltzustellen, drohten große landwirtschaftliche Verbände Ostpreußens mit der Forderung aus dem preussischen Staatsgedanken, falls nicht mit der in der Absetzung höherer Beamten liegenden Herausforderung endlich Schluß gemacht werde. Man nahm, wie die „Vost. Ztg.“ berichtet, diese Worte um so weniger tragisch, als der Beschluß, hinter dem die Ostpreussische Landbund steht, die „immer tiefer gehende Erregung und Mißstimmung gegen die Berliner Regierung“ in Zusammenhang mit der Umlage an Brotgetreide brachte, die bei der teilweisen Mißernte in Ostpreußen tatsächlich eine schwere Belastung der Landwirtschaft bedeutet. Ueberdies verließ sich der Landwirtschaftliche Zentralverein Königsberg dazu, dem Dreipräsidenten die Erklärung übermitteln zu lassen, daß die Getreideumlage von der ostpreussischen Landwirtschaft bestimmt nicht erfüllt werden würde, falls es zu der beabsichtigten Umkreisung der beiden Landräte kommen würde. Die Regierung Preußens ließ sich trotzdem nicht von der Maßregelung abschrecken, die sie im Interesse der Staatsautorität für notwendig hielt.

Es schien, als ob die von der Regierung gezeigte Energie ihre Wirkung nicht verfehlen würde. Aber die agrarischen Drahtzieher hielten ihre Stellung für so stark, daß sie zu einem neuen Vorstoß ausliefen. Das „Oberländer Volksblatt“, das dem Freiherrn von Minnigerode nahesteht, der den Landbund in Ostpreußen aktiviert, leitete über „Die Autonomie Ostpreußens“. Es seien zwei Fälle denkbar: die „Kolonie Ostpreußen“ wird etwa wie eine britische Kronkolonie verwaltet, das heißt, sie erhält einen Gouverneur, der den Berliner Stellen verantwortlich ist, und mit dem in Ostpreußen gewählten Kolonialrat, der die Beamten ernannt, regiert. Oder Ostpreußen wird als selbständiges politisches Gebilde betrachtet, das sich selbst regiert, sein Sonderparlament hat, und zum Reich in ein ähnliches Verhältnis wie Baden und Hessen tritt. Es sei „eine glatte Anomalie, wenn Ostpreußen von Berlin aus regiert wird, eine staatsrechtliche Ungeheuerlichkeit, wenn Ostpreußen zugunsten wird, sich nach allgemeinem preussischem oder gar deutschem Parteiverteilungsschlüssel verwalten zu lassen.“

Die Bestrebungen für einen Freistaat Ostpreußens im Rahmen des Reiches gehen somit von rechtsstehenden Kreisen aus und finden, wie aus den Blättern der Deutschen Volkspartei ersichtlich ist, auch bei dieser Partei, obwohl ihre Vertreter zur Zeit in der preussischen Regierung sitzen, nicht unbedingte Ablehnung.

Königsberg, 22. Dezember. (Priv.-Tel.) [Landrat a. D. Aumerz Direktor des Landwirtschaftsverbandes Ostpreußen.] Landrat von Aumerz in Stuhm, der kürzlich von der Staatsregierung abgesetzt wurde, ist zum geschäftsführenden Leiter des neugegründeten als landwirtschaftlichen Organisationen Ostpreußens umfassenden Landwirtschaftsverbandes Ostpreußen gewählt worden. Er tritt am 2. Januar in seine neue Tätigkeit ein.

Koburg und Bayern

Ein Nürnbergischer sozialdemokratisches Blatt hatte von einer Unterschriftenammlung in Koburg gemeldet, die von 26.000 Wahlberechtigten 14.000 Stimmen für die Postreue von Bayern ergeben habe. Dazu wird jetzt nichtamtlich von München aus eine Darstellung herausgegeben, worin erklärt wird, es handle sich um nichts weiter als eine sozialdemokratische Mache, die offensichtlich als eine Gegenaktion gegen die „Vost.-Ztg.“-Bewegung gedacht ist. Tatsache sei, daß die überwiegende Mehrheit des Koburger Landes und Volkes von Großhüringen nichts wissen, sondern bei Bayern verbleiben will. Außerdem nehme in den westlichen Kreisen Großhüringens die Bewegung für eine Loslösung von Thüringen von Tag zu Tag an Umfang und Stärke zu.

Wie die Berliner Blätter mitteilen, übernahm der neue Staatssekretär, Freiherr von Malzbahn, die Geschäfte im Auswärtigen Amt.

Der, wie gemeldet, kürzlich erkrankte bayerische Staatsminister des Innern, Graf von Soden, ist Freitag morgen, 19. d. d. Maximalian v. Soden ist 1844 als Sohn eines württembergischen Staatsrats geboren, doch siedelte seine Familie nach Bayern über. Soden war auch lange Zeit stellv. Vorsitzender des deutschen Landwirtschaftsrats.

Die angelegte Verlobung des früheren deutschen Reichskanzlers Dr. Wirth wird dementsprechend. In der „Schlesischen W. Ztg.“, dem schlesischen Zentrumorgan, erklärt Dr. Wirth, daß die von antiklerikalen Kreisen lancierte Nachricht frei erfunden ist und ihn nur beim katholischen Volke diskreditieren sollte. Die Dame, welche als Verlobte Wirths genannt war, war jüdischer Konfession.

Erhöhung der Zeitungsbezugspreise

Die Königsberger Zeitungen kündigen ab 1. Januar eine weitere Erhöhung ihrer Bezugspreise um 100 Prozent an. Ein Baggon Zeitungspapier, der im November schon 880.000 Mark kostete, kostet jetzt im Dezember 4 1/2 Millionen Mark. Am 1. Januar wird eine weitere Preiserhöhung für Zeitungspapier eintreten.

Neues vom Tage

Lotentanz

Die Berichtigte sowjetrussische Senatskommission, die „Tscheka“, jetzt „GPU“, hat die „Feler“ ihres 5-jährigen Bestehens beantragen. In der feierlichen Jubiläumssitzung im großen Theater zu Moskau äußerte Kallinin in seiner Rede, daß die ganze Menschheit der russischen „Tscheka“ dafür zu danken habe, daß sie die Welt vor der Reaktion rettete. Kallinin feierte die wackelnden Augen und die gerechte Hand der „Tscheka“, die im wichtigsten Augenblicke auf der passenden Stelle mächtige Hiebe zu verketten verstand. Umfänglich versprach die ihm übertragenen hohen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Jubiläumabend der „Tscheka“ wurde mit einem Ballett abgeschlossen.

Der Kanaltunnel in Sicht

Wie aus den neuesten Berichten der Kanaltunnel-Gesellschaft hervorgeht, tritt die Ausführung des so viel besprochenen Tunnels unter dem Kanal, der Frankreich und England durch eine Eisenbahnlinie verbinden soll, nunmehr in das Reich der Möglichkeit. Die französische Handelskammer hat ein sehr günstiges Urteil abgegeben, demzufolge die Kosten eine Milliarde nicht übersteigen sollen und die Dauer der Ausführung auf sieben Jahre angegeben wird. Die Aufbringung der Mittel bietet keine Schwierigkeiten, ebensowenig die Verschlebung der Schienenwege auf beiden Seiten des Kanals, die sich durch Umänderungen verhältnismäßig leicht besorgen läßt. Die Great Northern Railway hat sich bereit erklärt, die Bahnhöfe ihres Netzes für den internationalen Eisenbahnverkehr durch den Tunnel umzugestalten.

Schwedisches Hilfswort für Deutschland

Stockholm, 21. Dezember. Wie „Aftonbladet“ meldet, wurden bisher durch den Zentralausschuß der Samariterstiftung in Schweden für die evangelische Liebestätigkeit in Deutschland insgesamt 125.000 Kronen gesammelt, wovon 82.000 Kronen gleich 60 Millionen Mark, bereits abgeliefert worden sind.

Unter dem Bett entdeckt vorgefunden

Berlin, 21. Dezember. (Tel.) Der Arbeiter Trogand fand abends seine verheiratete Tochter, eine Frau Bertel, in ihrer Wohnung in der Brangelsstraße im südlichen Berlin an Händen und Füßen gefesselt mit einem Taschentuch als Knebel im Mund unter dem Bett erfaßt vor. Zwischen dem Mörder und seinem Opfer fand anscheinend ein Kampf statt. Der Täter ist vermutlich ein junger Mann, der abends aus der Wohnung Trogands kam und dort einen Stoch zurückließ.

In der Badewanne ertrunken

Berlin, 21. Dezember. (Tel.) Laut Meldung der „N. Z.“ am Mittag wurde in der Wohnung seiner Braut in Wilmerdorf der Oberkellner K. o. e. i. s. e. aus Schöneberg in der Badewanne ertrunken aufgefunden.

Ein tollkühner Raubüberfall auf ein Lohnbüro

Halle, 21. Dezember. Der „Halla. Ztg.“ zufolge wurde gestern auf das Lohnbüro der J. S. M. Konsum in ein tollkühner Raubüberfall ausgeführt. Einige Angestellte waren damit beschäftigt, etwa 5 Millionen Mark Lohngehälter nachanzuführen, als plötzlich drei Männer eindringen, die die Angestellten mit Revolvern bedrohten und das Geld an sich rissen. Bei der Flucht über den Kesselplatz verloren die Räuber 300.000 Mark. Mit dem Rest entliefen sie in einem bereitstehenden Automobil, trotzdem die Angestellten mehrere Schüsse hinter ihnen herfeuerten.

Ein 80-jähriger Greis ermordet

Hersdorf, 21. Dezember. (Tel.) Am Duai wurde gestern abend der 80-jährige Hüpler und Altwarenändler August Herold in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Er lag an Händen und Füßen gefesselt tot am Boden. Die rechte Brustseite wies mehrere Stichwunden auf. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Schweres Sturmwetter in England

London, 21. Dezember. (Tel.) Aus ganz Südensland und den mittleren Grafschaften wird heftiges Sturmwetter mit Schneefällen gemeldet. Auch im Kanal herrscht schwerer Sturm.

Von einem Stier getötet

Paris, 20. Dezember. Aus dem Dorfe Privas wird ein eigenartiger Fall gemeldet: Ein 60-jähriger Bauer hatte die Angewohnheit, wenn er sich betrunken hatte, mit einem Stier zu ringen. Gestern fiel der Stier über ihn her und verletzte ihn mit einem Hornstich lebensgefährlich. In der Nacht erlag der Bauer seinen schweren Verletzungen.

Kirchenbrand in Quebec

Quebec, 22. Dezember. (Tel.) Eine heftige Feuersbrunst ist in der Kirche Notre-dame ausgebrochen, die reiche Kunstschätze enthält. Die Feuerwehr bemüht sich, das Feuer Herr zu werden. Heute morgen wurde mitgeteilt, daß das Feuer weiter um sich griff. Man befürchtet, daß die ganze Kirche ein Raub der Flammen wird.

Kommunisten-Deputation im Berliner Stadtparlament

Berlin, 21. Dezember. Während der Beratung des kommunistischen Antrags auf Maßnahmen zur Sicherstellung der Ernährung der Berliner Bevölkerung im Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung drang auf Veranlassung des Antragstellers eine aus K. P. D.-Leuten bestehende Deputation in den Sitzungssaal. Da sie den Saal nicht räumen wollten, sah sich der Vorsitzende gezwungen, die Sitzung zu schließen. In der gleichzeitig tagenden Volksversammlung der Stadtverordneten kam es bei dem Bericht eines kommunistischen Stadtverordneten über diesen Vorfall zu so starken Lärmzügen, daß die Sitzung vorzeitig geschlossen werden mußte.

Treuschwur der Kölner Stadtverordneten

Köln, 21. Dezember. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung gab Oberbürgermeister Dr. Adenauer namens der vier großen Fraktionen des Stadtparlaments folgende Erklärung ab: In der letzten Sitzung des schicksalshohen Jahres 1922 erneuert und bekräftigt die Kölner Stadtverordnetenversammlung namens der Bürgerschaft das Gelöbniß unverrücklicher Treue zum Staat und dem in deutscher Republik geeimten Reich. Unsere Gefinnung zum Staat und unser Wille zur deutschen Volksgemeinschaft wird die Not und den Druck überwinden. Keine Macht der Erde ist so stark, um in unserem Herzen die Liebe zum Deutschland und in unserer Seele das glühende Verlangen zu ertönen, deutsch zu sein und deutsch zu bleiben in Einigkeit, in Recht, in Freiheit. Die Kommunisten gaben gefordert eine dem Sinne nach ähnliche Erklärung ab.

Rechten Mittwoch fand in Stettin das Begräbnis des Landtagsabgeordneten und Präsidenten der verlassenen evangelischen Kirchenversammlung, des Generalsuperintendenten D. Reinhard statt.

Den Berliner Blättern zufolge erteilte die lettlandische Regierung das Agrement für Dr. Köber, der, wie gemeldet, zum Gesandten in Riga ernannt worden ist.

Auf der Berliner Stadtsynode wurde bewegliche Klage über das hohe Defizit geführt. Auch wurden die Friedhofsgeldern als zu niedrig bezeichnet. Am Schluß der Verhandlungen wurde eine Kommission gewählt, die die Möglichkeit der Errichtung eines kirchlichen Krematoriums erwägen soll.

In dem Reichstag hat die Zentrumsfraktion die Reichsregierung ersucht, der dringenden Notlage der freien Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller, Redakteure usw.) dadurch entgegenzutreten, daß arbeitsfähige Angehörige der freien Berufe, die eine Familie zu versorgen haben, aber aus Mangel an Arbeit oder infolge unzureichenden Ertrages ihrer Arbeit hierzu nicht in der Lage sind, in geeignete Verwaltungskstellen hat der jetzt dort tätigen unvorbelebten Ausschüsse beauftragt werden.

Maßnahmen gegen die Notlage der deutschen Presse

Berlin, 21. Dezember. Dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats lag die Novelle zum Gesetz gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vom 21. Juli vor, die eine Erhöhung der Abgabe von Holzverkäufen der zur Gewinnung des Holzes von forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken Berechtigten von 1/2 Prozent auf 1 1/2 Prozent vorstelt. Der Satz der Regierungsvorlage von 1 1/2 Prozent wurde angenommen. Als neuer Zusatz zu § 4 des Gesetzes wurde folgender Antrag Bernhardt mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen: Die Rückvergrüfungskasse hat bis zu 5 Prozent der ihr zugehenden Beträge abzugeben und sie den in Betracht kommenden Verbänden zur Unterstützung der durch die Not der Presse stellenlos gewordenen Arbeiter, Angestellten und Redakteure zur Verfügung zu stellen. Diese Gelder sollen insbesondere auch zur Erleichterung der Ueberführung der stellenlos gewordenen Redakteure in andere Berufe verwendet werden. Die näheren Bestimmungen erlassen die zuständigen Ministerien nach Vereinbarung mit den Verbänden der Verleger, Redakteure, Angestellten und Arbeiter.

Die Ostsee als mare clausum

Nach Meldungen aus einem der nordeuropäischen Staaten an die „Times“ hat die russische Regierung die Absicht, allen Staaten an der Ostsee den Vorschlag zu machen, diese See für alle Kriegsschiffe, mit Ausnahme derjenigen der Uferstaaten, zu schließen. Mit der dänischen Regierung sollen schon Unterhandlungen angeknüpft sein. Man will eine Zusammenkunft aller Interessenten berufen. Offenbar wünscht die Regierung von Moskau das selbe internationale Regime für die Ostsee, wie sie es in Lausanne für das Schwarze Meer vorschlägt.

Großlitauische Propaganda in Ostpreußen

Die litauische Presse beschäftigt sich, wie die „Ostpr. Ztg.“ aus Kowno meldet, in letzter Zeit auffallend mit „Kleinlitauen“, wie man in Kowno neuerdings das nordöstliche Ostpreußen bezeichnet. Die Zeitungen bringen Artikel und Kommentare aus Litau, in denen über die „Unterdrückung“ des litauischen Volkes gellagt wird. Es müßten die größten Anstrengungen gemacht werden, um das Vitoertum in und um Litau vor dem endgültigen Untergang zu bewahren. Es scheint nun, daß diese Ostpreußen die beabsichtigte Wirkung gehabt haben. Die „Gesellschaft zum Schutz der litauischen Sprache“, das litauische Gegenstück zum Allgemeinen Deutschen Sprachverein, hat nun, wie die Zeitungen melden, den Entschluß gefaßt, eine großräumige Propaganda im nordöstlichen Ostpreußen zu entfalten. Sichere Anzeichen sprechen dafür, daß diese Propaganda einen ausgeprochen politischen Charakter haben wird. Es soll ein künstlicher Gegensatz zwischen dem übrigen Ostpreußen und seinem nordöstlichen Teil kontrahiert werden, indem diese Gebiete als lituania irredenta, als „unerlösbare Kleinlitauen“ in den Augen der litauisch sprechenden Bevölkerung hingestellt werden sollen.

Güterentziehungen in Litauen

Wie das Kommando „G.“ berichtet, wurden der litauischen Hauptkommission für Landenteignung folgende Güter und Beigüter zur weiteren Veranlassung übergeben: G. o. g. d. n. im Kreise Kretingen, weiterhin der Familie Krasielski: K. r. e. n. n. im gleichnamigen Kreise, gehörig der Gräfin Sophie Melonovska: K. r. e. n. n. im Kreise der Gräfin Marie Oginska: K. r. e. n. n. im Kreise der Gräfin Bogdan Oginska; G. a. r. i. l. l. o. im Kreise M. o. s. e. i. s. k. i. früher im Besitze von Roman Barzilko; S. t. a. d. o. r. n. g. e. b. i. s. k. i. früher im Besitze von Michalino, im Besitze von Theophil Wozniowski.

Keine Beamteneigenschaft der preussischen Staatsschauspieler Eine Meldung, daß die Schauspieler der Berliner Staatstheater als Beamte mit Pension, Witwengeld usw. angestellt werden sollen und ihrerseits endgültig auf das Streikrecht Verzicht leisten, wird der „Telegraphen-Union“ an zuständiger Stelle als unzutreffend bezeichnet. Tatsache ist nur, daß die Schauspieler einer entsprechenden Gehaltsklasse den Beamten gleichgestellt werden und automatisch künftig mit dieser entsprechenden Beamtenklasse im Gehalt steigen. Von der Verleihung der Beamteneigenschaft betreffs Pension usw. kann aber keine Rede sein.

Passive Resistenz der Elbe, Havel und Oder-Schiffer. Nach einer Meldung aus Magdeburg sind die Innenschiffer der gesamten Stromgebiete von Elbe, Havel und Oder in passive Resistenz getreten. Die Betriebe erfahren bereits schwere Störungen.

Kowno, 21. Dezember. [Schneeverwehungen in Litauen.] Die Kownoer Blätter schreiben, daß die jüngsten Schneeverwehungen den litauischen Eisenbahnverkehr wesentlich beeinträchtigen. Besonders anhaltende Störungen hat das Eisenbahnhauptknoten in K. o. d. o. s. t. o. n. s. k. e. zu verzeichnen, wo des öfteren Strecken von 40 Kilometer Länge erst in 16—18 Stunden abgeräumt werden, statt der normalen anderthalb Stunden. Bahnarbeiter zur Beseitigung der Schneeverwehungen sind für den Tageslohn von 2—5 Lit schwer aufzutreiben.

Riga, 20. Dezember. [Vierfacher Mord bei Jilurt.] In das Wahreramt-Gesinde eingedrungene Räuber erschossen vier der 35 Jahre alten Inhaber des Gesindes, Samowitsch, und dessen bei ihm zu Besuche befindlichen Nachbarn Buran, luden dann ein Weib auf, mit dem sie den Anecht und die Magd töteten, plünderten das ganze Gesinde aus und führten dann die Beute mit einem Eseliten fort, den sie ebenso wie ein Pferd auch aus dem Gesinde raubten. Der vierfache Mord wurde erst am anderen Tage bemerkt als Burans Frau auf der Suche nach ihrem Manne ins Gesinde kam.

Sofales

Memel, den 23. Dezember 1922

[Sturmwarnung.] Von der Wetterwarte Königsberg wird folgende Sturmwarnung ausgegeben: Tiefdruckwirbel 730 Westküste Schottlands, westlich sich ausbreitend. Hochdruckgebiet 771 Osteuropa, Balkan; Gefahr stark böiger südlicher, später nach Südwesten drehender Winde. Signalball.

[Die Behandlung von Memelländern in Berliner Hotels.] Verschiedentlich wurde darüber berechtigte Klage geführt, daß Memelländer in Berliner Hotels wie Ausländer behandelt worden sind, d. h. daß ihren Hotelrechnungen ein Ausländerzuschlag aufgesetzt wurde. Wir erfahren nun von dem hiesigen deutschen Generalkonsulat, daß die deutsche bzw. preussische Regierung den Berliner Magistrat ersucht hat, die Memelländer, die vor dem 10. Januar 1920 bereits im Memelgebiet ansässig waren, künftighin auch in den Berliner Hotels wieder wie Reichsdeutsche zu behandeln und ihnen bei Rechnungsstellung keinen Ausländerzuschlag abzuverlangen.

[Zur Weihnachtsfeier mit Krippenspielen] Der ev. Jugendvereine wird gebeten, sich rechtzeitig Eintrittskarten beim Vorvertrieb in der christlichen Buchhandlung oder zeitig genug an der Abendkasse im großen Schützenaal zu besorgen, da die wohl frohgestimmte, aber doch weihnachtliche Feier nicht durch Geräusch gestört werden soll. Auch mögen Kinder, denen das Krippenspiel ja ganz besonders geheimnisvoll lodend sein wird, möglichst nur in Begleitung Erwachsener kommen. Zudem ist der innerste Gehalt und Zusammenhang des Spieles eigentlich auch nur Erwachsenen in seinem Zeit- und Umkreisverhältnis verständlich und den Kleinen durch sie zu übermitteln. Umgekehrt dürfte wiederum die Freude und Andacht der Kleinen den mitfeiernden Großen bei diesem Fest einige so recht sorglose, lichte, geweihte Stunden bereiten helfen, sie mitten im Getriebe des draußen fastenden Lebens hier zu wohlthuender Stille führen und zu mancherlei Erinnern an eignen fröhlichen seligen Kinderglauben, an Jugend- und Kinderzeit. Zur Begleitung der gemeinsam zu singenden Kinder und Soli wird Herr Gerhard Gregor das für's Gemeindegut kürzlich angeschaffte Harmonium spielen. Nach dem letzten Gesang und

Beilage des Memeler Dampfboots

Nr. 300

Memeler- und Grenz-Zeitung

Sonnabend, den 23. Dezember 1922

Stadtverordneten-Verammlung

Am vergangenen Donnerstag fand im Stadtverordneten-Saal des Rathhauses eine Stadtverordneten-Verammlung statt, zu der 23 Stadtverordnete erschienen waren. Vom Magistrat waren anwesend Oberbürgermeister Dr. Grabow, Bürgermeister Schulz und die Stadträte Weber und de la Chaux. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt Stadtverordneter Pannars das Wort zur Geschäftsordnung und bat die Stadtverordneten, welche unentschuldig der Sitzung fern bleiben, mit dem im Statut vorgezeichneten Strafen zu belegen. Die Strafgebühren könnten der Armenverwaltung überwiesen werden. Stadtverordneter Reßler meinte dazu, daß Strafgebühren für Fehlen bei Kommissions-Sitzungen noch angebracht wären.

Revisionsprotokolle städtischer Kassen

(Ref.: Stellv. Stadtv.-Vorst. Pierach)

Bei der Revision am 28. November betragen bei der Stadtkasse die Einnahmen 422 479 441,66 M., die Ausgaben 416 813 087,87 M., der Bestand 5 666 358,79 M., bei der Sparkasse die Einnahmen 2 473 452 979,73 M., die Ausgaben 2 471 912 553,88 M., der Bestand 1 540 425,90 M., bei der Pfandbank die Einnahmen 153 960,40 M., die Ausgaben 152 732,01 M., der Bestand 1 228,39 M. Bei der außerordentlichen Prüfung der Pfandbank am 21. November betrug die Einnahme 142 041,63 M., die Ausgabe 141 732,01 M., der Bestand 309,62 M. — Von der Vorlage wurde Kenntnis genommen.

Wahlen

(Ref.: Stellv. Stadtv.-Vorst. Pierach)

Es wurden gewählt:

- als Vertreter der Stadt in die Landwirtschaftskammer wurden Oberbürgermeister Dr. Grabow und Stadtv. Scharfetter wiedergewählt;
- als Schiedsmann für den VIII. Bezirk wurde Kaufmann Gustav Lehmann wiedergewählt;
- in den Aufsichtsrat der städtischen Betriebswerke G. m. b. H. wurden gewählt: Vorsitzender Andenau, Vizepräsident des Staatsrats Kraus und die Stadtverordneten Scharfetter, Mandel und Pierach;
- in den Sparassensvorstand wurde anstelle des verstorbenen Kommerzienrats Alexander der künftige Direktor der Stadtbank gewählt;
- in die Einkommensteuerverwaltung wurden gewählt: Walgahn, Ahorn, Hoffmann, Reßler (Stadtv.), Werner, Hinz, Baade, Heidemann, Tiedeck, Verischus (Stadtv.) und als deren Stellvertreter: Vorkmann, Horn, Scharath, Blank, Sturm, Gmeil, Hilpert, Lischrat, Essig und Schleicher. Die Beamten sind in der Kommission nicht vertreten.

Abrechnung der Gemeinnützigen Hausrat-Ges. m. b. H.

(Ref.: Stellv. Stadtv.-Vorst. Pierach)

Die Gemeinnützige Hausrat-Ges. m. b. H., der die Stadt im Jahre 1918 mit einer Stammeinlage von 30 000 M. beigetreten ist, ist in Abrechnung der Bilanzlage in Liquidation getreten. Es hat sich ein Verlust von 719 611,19 M. ergeben. Zur Rückzahlung gekommen sind 10 Prozent des Gesellschaftskapitals. Der Betrag von 30 000 M. ist f. Zt. aus Voranschlag bezahlt. 3000 M. sind hiervon gedeckt. Es wird Bewilligung des restlichen Betrages von 27 000 M. beantragt. — Diefem Antrage wurde nach einer kurzen Erläuterung von Oberbürgermeister Dr. Grabow stattgegeben.

Beiträge für die Krankenfürsorgekasse der Beamten und Erweiterung der Leistungen der Krankenkasse

(Ref.: Stellv. Stadtv.-Vorst. Pierach)

Der Magistrat legt 2 Nachträge zur Satzung der Krankenfürsorgekasse für die Beamten und Angestellten vor, nach welchen:

- die von der Stadt zu leistenden Beiträge zur Kasse von 1/2 Proz. auf 1 Proz. der Dienstbezüge der Beamten und Angestellten erhöht;
- die Kassenleistungen durch Erstattung von Entbindungskosten erweitert werden.

Stadtverordneter Pannars verlangte, daß vom Vorstand der Krankenkasse vor Bewilligung der Vorlage Auskunft über den derzeitigen Stand der Kasse und die bis jetzt gemachten Erfahrungen gegeben werde.

Oberbürgermeister Dr. Grabow führte dazu aus, daß die allgemeine Finanzierung, die besonders bei Krankheitsfällen sichtbar sei, zu der Vorlage geführt habe. Es würden nach dem gegenwärtigen Stande eine halbe Million Mehrkosten im Jahr entstehen, was im Verhältnis zu dem Etat der Stadt ohne Belang sei. Außerdem habe die Stadt an der Gesundheit ihrer Beamten das größte Interesse und erfülle mit dieser Beihilfe eine soziale Pflicht.

Stellv. Stadtv.-Vorst. Pierach beantragte, bei der Annahme der Vorlage den Satz zu fassen, daß der Nachtrag rückwirkende Kraft

vom 1. April 1922 habe. Es genüge, wenn er mit dem 1. Januar 1923 in Kraft trete.

Stadtverordneter Vogt war auch für Annahme, da man die Arbeitsfreudigkeit der Beamten erhalten müsse.

Stadtverordneter Abelmann bat gleichfalls um Annahme der Vorlage. Wenn sich eine Unterbilanz ergebe, werde der Magistrat auch bezahlen müssen, da es für seine Beamten geschehe.

Stadtverordneter Senfried wollte die Vorlage gleichfalls bewilligen, hielt es aber für die Pflicht der Stadtverordneten, jede Vorlage vor der Bewilligung eingehend zu prüfen.

Schließlich wurde die Vorlage nach dem Antrag Pierach angenommen und die dazu bestimmte Kommission damit beauftragt, den Stand der Krankenkasse nachzuprüfen.

Geländeaustausch in der Wielenstraße

(Ref.: Stellv. Stadtv.-Vorst. Pierach)

Der Baunternehmer F. Hebbich, die ihm gehörige Parzelle an der Ecke Reiffelager-Wielenstraße mit einem größeren Wohnhaus zu bebauen. Um in architektonischer und handlicher Hinsicht eine befriedigende Lösung zu erhalten, ist städtseitig die Anlage eines freien Platzes an der Einmündung der Reiffelager-Wielenstraße vorgesehen. Hierzu möchte vom dem Grundstück des Baunternehmers F. eine Fläche dem freien Platz zugeschlagen werden. F. will für diese Fläche eine entsprechend große Parzelle im Austauschwege erhalten. In Frage dafür kommt ein angrenzendes, der Stadt gehöriges Stück. Der Magistrat hat im Einvernehmen mit der Grundbesitzungs-Deputation den Austausch der Parzelle unter gleichzeitiger Bewilligung der Bauverlaubnis auf der neu ausgeschlagenen Fläche genehmigt.

Nach einem Referat von Stadtbaurat Weber wurde die Vorlage angenommen. — Auf eine Anfrage von Stadtverordneter Senfried wies Stadtbaurat Weber darauf hin, daß die Grundmauer des Blichs des zu schaffenden Platzes stehenden Hauses in der Wielenstraße nicht unmittelbar an den Platz grenzen, sondern daß noch ein Geländestück zur Befestigung dazwischen frei bleiben werde.

Erhöhung der Schlachthofgebühren

(Ref.: Stadtv. Dpalka)

Die häufig zunehmende Geldentwertung macht eine weitere Erhöhung sämtlicher Schlachthofgebühren zur Notwendigkeit. Die zurzeit zur Erhebung kommenden Gebühren genügen auf die Dauer nicht, um die laufenden Ausgaben für Kohle, Gehälter und sonstige Betriebsmaterialien gänzlich zu decken. Ferner kommt hinzu, daß im nächsten Jahre verschiedene größere Reparaturen und Renovierungen gemacht werden müssen. Der Magistrat hat beabsichtigt, die Gebühren um 75 bis 80 Prozent der bisher erhobenen Sätze zu erhöhen.

Stadtverordneter Dpalka führte als Referent dazu aus, daß er eine Erhöhung um 75 bis 80 Proz. rechtlich hoch finde. Er halte eine Erhöhung der Schlachthofgebühren um 50 Proz. für ausreichend. Eventuell könnten die anderen Gebühren auch noch erhöht werden.

Nachdem Bürgermeister Schulz noch erklärt hatte, daß noch vor Jahresfrist eine Nachprüfung aller Gebührenordnungen erfolgen solle und daß der Magistrat aus diesem Grunde mit der vom Referenten vorgeschlagenen Erhöhung einverstanden sei, wurde beschlossen, die Schlachthofgebühren um 50 Proz., die Futtergebühren und Lagergebühren um 200 Proz., die Gebühren für Benutzung der Kälträume um 75 Proz. und die Pacht für die Fellsalerei auf 80 000 M. zu erhöhen.

Verkauf eines der Stadt übergebenen Grundstücks

(Ref.: Stellv. Stadtv.-Vorst. Pierach)

Der Magistrat beantragt zu der Vorlage betr. den Verkauf des der Stadt übergebenen Grundstücks Schlegelstr. 12a die Zustimmung der Verammlung.

Stadtverordneter Pannars verlangte dazu, daß der Magistrat sich grundsätzlich darüber schlüssig machen müsse, ob er überhaupt Grundstücke veräußern oder nicht. Die Reparaturbedürftigkeit des Grundstücks dürfe nicht der Anlaß zum Verkauf sein. Wenn gebaut oder repariert werden müsse, so könne das die Stadt auch selber tun.

Stadtverordneter Abelmann war gleichfalls gegen den Verkauf. Er solle die Stadt noch neue Grundstücke oder Goldwerte erwerben, wenn sie zu viel Bargeld habe. Redner bitte den Wohnungsinспектор um Auskunft über den Zustand des Hauses.

Bürgermeister Schulz berichtete, daß in dem Hause nur zwei Wohnungen seien, wovon eine mit einem Restaurationsbetrieb. Die jetzt freigebliebene Wohnung sei in sehr schlechtem Zustande und nur mit großen Kosten wieder herzustellen. Ausbaufähig sei das Gebäude auch nicht.

Stadtverordneter Reßler war mit dem Magistratsantrag einverstanden, weil nach seiner Meinung die Verwertung eines so kleinen Grundstücks zu teuer sei.

Die Vorlage wurde an den Magistrat zurückverlesen mit dem Bemerkten, daß der Wohnungsinспектор das Gebäude in Augenschein nehmen solle.

(Fortsetzung folgt.)

Memelgau und Nachbarn

* Königsberg, 22. Dezember. (Tel.) [Rätselhafter Mord.]

Am Donnerstag gegen Mittag wurde in ihrer in Jüditten gelegenen Wohnung die etwa 60 Jahre alte Wirtschafterinwitwe, Frau von Oldenburg mit auf dem Rücken gefesselten blutigen Händen und gefesselten Beinen unter ihrem Bett verreckt als Leiche aufgefunden. Die Frau ist ermordet worden. Die Leiche weist Verletzungen am Kopf auf. Geraubt ist anscheinend nichts, sodas das Motiv der Tat noch unklar ist, ebenso die Todesursache, die erst die gerichtliche Obduktion feststellen kann. Der Mord ist anscheinend in den Abendstunden des Mittwochs verübt worden.

* Königsberg, 19. Dezember. [Zusammenschluß in der

ostpreussischen Landwirtschaft.] Unter dem Namen „Landwirtschaftsverband Ostpreußen“ haben sich die in Ostpreußen bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen: Der Land- und Forstwirtschaftsverband, der Reichslandbund, die Provinzial-Landwirtschaften und der Bauernbund Ost noch längerer schwieriger Verhandlungen von rund 200 Delegierten der einzelnen Vereinigungen am gestrigen und heutigen Tage in Königsberg zusammengeschlossen. Das Ergebnis dieses Zusammenschlusses wurde in der letzten Tagung des Landbundes Ost, die unter harter Beteiligung in dreitägiger Sitzung in der Deutschen Ressource stattfand, durch die Herren von Oldenburg-Panuschau und Baron von Miningerode bekannt gegeben. Herr von Oldenburg führte aus, daß von den Organisationen mit großen Bedenken an die Vereinigung herangetreten sei, weil ihre Befähigung eine sehr verschiedene wäre. Es sei zu hoffen, daß die alten Gedanken des Reichslandbundes und des Bundes der Landwirte sich siegreich behaupten würden. Zum Vorsitzenden des gemeinsamen Verbandes ist Herr von Gehren gewählt.

Kleine Chronik

Die Rechte und Würde eines Doktors der Philosophie und Magisters der freien Künste erwarb lebhaft an der philosophischen Fakultät der Albertus-Universität in Königsberg Alfred Bivirs aus Alt-Jütle auf Grund seiner Schrift „Der Panpsychismus (Individuumalismus) A. Koslows. Ein Beitrag zur Geschichte der philosophischen Richtungen in Rußland“.

Letzten Sonntag ist die neu erbaute Kirche in Biessellen feierlich eingeweiht worden. An der Feier nahmen u. a. General-Superintendent D. Gennrich und Regierungspräsident v. Oepen teil. Nach der Weiberede des Generalsuperintendenten predigte der Ortsgeistliche Pfarrer Reinhard.

Der Speditorenverein in Gydtkuhnen hat zur Verteilung an die münderbemittelte Bevölkerung der Stadt den Betrag von einer Million Mark gespendet. Dieser Betrag wird vom Speditorenverein nach Anhörung der erweiterten städtischen Armenkommission in den nächsten Tagen zur Verteilung gelangen.

Bei einer Prügelei zwischen Schulknaben in Santovon traf der Schüler Rath den 13jährigen Gram mit einem Holzspanntafel so unglücklich auf den Kopf, daß dieser nach kurzer Zeit starb.

Der Schlachthofaufseher Reiff aus Pr.-Eulau, der vor dem dortigen Amtsgericht als Zeuge vernommen wurde, brach plötzlich vor dem Richter zusammen. Der Gerichtszerrg konnte nur noch seinen durch Schlaganfall herbeigeführten Tod feststellen.

In der Nacht vom 17. zum 18. verhafteten zwei Personen bei dem Kaufmann Neumann in Gr.-Kadischen, dem kürzlich von böswilliger Hand eine Edeime in Brand gesetzt wurde, einen Einbruch zu verhindern. Sie wurden hierbei von dem Nachwachter ertrappt, der von dem einen Einbrecher mit Erschießen bedroht wurde. Der Nachwachter gab hierauf einen Pistolenschuß ab, der den einen Einbrecher so schwer ver wundete, daß er am anderen Tage gestorben ist. Die andere Person floh, ist jedoch erkannt worden.

Im Juli d. J. wurde ein Weisenknaube, der fünf Jahre im evangelischen Waisenhaus in Braunsberg war, entlassen und fuhr nach Danton in Nordamerika zu seinem Onkel. Vor wenigen Tagen kam von dort ein Eised über 40 000 Mark zur Weisenknaube-Beihilfe für die Waisenknaben.

Ein Hilfswerk für die Stadt Elbing unternahm auf Anregung des Amtsvorstehers Fröde-Schwandorf die Gemeinden Bengeln, Wengelwalde, Rosenort, Reichshof, Hohenwalde und Schwandorf, die unter sich 10 Zentner Kartoffeln, sechs Zentner Mehl und Roggen, größere Mengen Reis, Speck, Butter, Eier, Brot und Käse im Gesamtwerte von etwa 300 000 Mark sammelten und es selbst nach Elbing lieferten.

In Danzig wollte der Seefahrer Galitz aus Riga, der zu der Bekämpfung eines in Neufahrwasser liegenden Dampfers gehörte, in der Nähe des Krantores eine Drochle bestiegen, um an Bord zu fahren. Hierbei soll es zwischen den fremdlandischen Matrosen und dem Drochlenführer sowie dessen Freunden zu Streit und Tätlichkeiten gekommen sein. Bei der Schlägerei erhielt Galitz von einem Unbekannten zwei tiefe Messerwunden in den Oberarmen, von denen der eine die Schlagader traf. Der Blutverlust war so erheblich, daß E. verstarb. Die Täter suchten eiligst das Weite.

Die verhezte Stadt

(Copyright 1922 von Georg Müller-München)

Eine heitere Spitzbüdensgeschichte v. Karl Gillinges.

5. Fortsetzung Nachdruck verboten

3.

„Das ist die ekelhafteste Geschichte, die mir in meiner ganzen Praxis vorgekommen ist!“ schrie die Polizeipräsidenten Funke.

Funke hatte die Kriminalabteilung unter sich. Er war noch verhältnismäßig jung für dieses verantwortungreiche Amt — erst zweiunddreißig Jahre —, aber er hatte bereits als tüchtiger Beamter von sich reden gemacht; er galt als hervorragend befähigt.

Seine ersten Spuren als Kriminalbeamter hatte er sich in der Randeshauptstadt verdient. Bei nahe hätte dort sein lockerer Lebenswandel einen vorzeitigen Sturz unter seine Laubbahn gesetzt; doch immer wieder frischen seine dienstlichen Erfolge das Wohlwollen seiner Vorgesetzten auf. Bis eine alberne Weibergeschichte gebieterisch seine Verziehung in eine andere Stadt erzwungen hatte.

Er hatte den Bredendorfer Posten mit Vergnügen angenommen. Dort konnte die Arbeit unmöglich übermäßig groß sein; hingegen bestand die rosige Aussicht, in dem großen Kurbetrieb irgend eine vermögliche Schöne (Witwe mit Kind nicht ausgeschlossen) kennen zu lernen und eine gute Partie zu machen.

Zu seinem Schmerz fand Funke nur wenig Zeit, auf die Mittagspause zu gehen. Es gab in Bredendorf eine Unmenge Arbeit — Kleinarbeit von jener unerproblichen Sorte, die einem nicht die geringste Möglichkeit bietet, sich auszuzeichnen und vorwärts zu kommen. Die großen Verdreher schienen die Stadt geradezu zu boykottieren.

Deffentlich sagte Funke: „Das beweist gerade die Tüchtigkeit unserer Polizei. Wie ein guter Arzt seine Hauptaufgabe weniger in der Heilung, als in der Verhütung von Krankheiten sehen muß, so muß auch die Polizei ihr Hauptaugenmerk mehr auf die Verhinderung, als auf die Verfolgung von Verbrechen richten.“

Insgeheim aber seufzte er: „Man verlaßt hier! Kein Mord, kein Diebstahl, kein Stillschleppverbrechen — dieses Nest ist wirklich um hundert Jahre in der Kultur zurück.“

Und selbst wenn sich ein „interessanter Fall“ ereignete hätte, es hätte sich kaum gelohnt. In Bredendorf galt zu Funkes Bedauern als oberster Grundsatz: Nur kein Aufsehen erregen! Es darf sich einfach nichts ereignen, was den Ruf Bredendorfs als Nervenzentrum gefährden könnte!

Und wenn ein Erdbeben die halbe Stadt in Schutt und Trümmer gelegt hätte, der Kurdirektor und das „Bredendorfer Tageblatt“ hätten kollektional behauptet: „Gestern ging endlich der von der Landwirtschaft so heiß ersehnte Lnde Gewitterregen über unsere Stadt nieder. Schaden wurde nicht angerichtet. Auch in der verfloffenen Woche hat sich die Zahl der Kurgäste, die in dem Stadthof unserer

herrlichen Fleckens Erde Genesung und Erholung suchen und finden, wieder um rund 300 vermehrt.“

Wie schnell sich Funke danach, wieder einmal den ganzen Scheiß des ehemals hauptstädtischen Beamten spielen lassen zu dürfen!

Und jetzt hatte sich dieser blödsinnige Fall Villa Sonnenstrahl ereignet.

Funke hatte bereits ausführlich mit dem Polizeipräsidenten darüber gesprochen und natürlich wieder die Bestung erhalten: „Vor allem kein Aufsehen! Entweder wir erwischen die Bande, dann darf, bis das letzte Mitglied hinter Schloß und Riegel sitzt, kein Wort in die Deffentlichkeit dringen, oder aber wir erwischen sie nicht, dann darf überhaupt nichts in die Deffentlichkeit dringen!“

Wäre der Bestohlene ein beliebiger Müller oder Schmitz gewesen, der Befehl des Polizeipräsidenten hätte sich mit Leichtigkeit ausführen lassen. Aber der Verarmte hieß Eduard Bohnkraut, und Eduard Bohnkraut pfiff in allen Tonarten auf Discretion.

Seit vier Tagen erschien dieses kleine dicke Ungeheuer allabendlich im Amtszimmer Funkes, um sich nach dem Stand der Angelegenheit zu erkundigen, und wurde von Tag zu Tag ungemütlicher und anmaßender.

Am liebsten hätte Funke ihn hinausgeworfen. Aber das ging nicht gut. Erstens hatte dieser Bohnkraut, das ließ sich nicht bestreiten, ein berechtigtes Interesse an Verlauf der Nachforschungen, und zweitens war er amerikanischer Bürger. Diese Amerikaner aber haben die schändliche Angewohnheit, sich bei der geringsten unkorrekten Behandlung von seiten der Behörden an ihren Konsul zu wenden.

Und die amerikanischen Konsuln sind die unangenehmsten Menschen auf Gottes weitem Erdboden; sie tun, als sei jeder amerikanische Bürger ein Halbgoth, und suchen in einem sozusagen beständig mit einem Kriegsschiff unter der Nase herum.

Schon wieder sah Eduard Bohnkraut im Zimmer des Assessors, die Schaggeife quer im Schnabel, und stürzte sich auf, als sei er zuminderst der Beherrschter aller Gläubigen und Funke der letzte seiner Genuchen.

„Das ist die ekelhafteste Geschichte, die mir in meiner ganzen Praxis vorgekommen ist!“ wiederholte der Assessor. „Aber seien Sie sorglos, Herr Bohnkraut, wir erwischen die Halunken.“

„Das versichern Sie mir schon seit vier Tagen, und wir sind noch keinen Schritt weiter!“ knurrte Bohnkraut. „In den United States hätten sie die Gauner schon längst! Aber hier in Bredendorf, wo die Behörden das Dirn voll Stidstoff haben —“

Der Assessor sprang auf und durchnach erregt das Zimmer. „Wenn Sie die Behörde beleidigen, muß ich Sie veranlassen, das Polizeigebäude zu verlassen!“

„Verlassen Sie lieber die Spitzbüden, das Polizeigebäude zu betreten! Wäre gescheiter! Wiefo habe ich wen beleidigt? Habe

ich etwa behauptet, der Bürgermeister sei ein Schwachkopf? Oder habe ich gesagt, der Polizeipräsident von Bredendorf sei das größte —“

„Genug!“ donnerte der Assessor, der im geheimsten Winkel seines Herzens Bohnkrauts Urteil über den Bürgermeister gar nicht so unzutreffend fand. „Genug! In diesem Ton verhandle ich nicht weiter mit Ihnen!“

„Brauchen Sie auch nicht! Bege gar keinen Wert darauf. Habe schon längst die Hoffnung aufgegeben, daß ihr mir was helfen könnt. Werde auf eigene Faust vorgehen. Ich, Eduard Bohnkraut, freier Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika und Hausbesitzer a. D. in Stidstoffiana!“

Des Assessors müdenes Gesicht glättete sich zu einem überlegenen Lächeln.

„Viel Glück dazu, Mister Bohnkraut! Pfuschen Sie uns nur in unsere Maßnahmen, durchkreuzen Sie nur unsere wissenschaftlich erprobten Methoden mit Ihrem Detektivindianismus, — aber wndern Sie sich nachher nicht, wenn kein Resultat erzielt wird. Wenn Sie glauben, daß Sie als Einzelner mehr Erfolg auf der Verbrechensjagd haben werden, als unser geschulter Beamtenstab —“

„Denke nicht daran, als Einzelner auf die Jagd zu gehen. Ganze Deffentlichkeit muß mitjagen. Werde einen Preis aussetzen. Habe bereits eine Broschüre in Arbeit, in der der ganze Fall —“

„Sind Sie wahnsinnig?“ schrie der Assessor. „Wollen Sie nicht gleich lieber die Halunken durch ein Zeitungstribunal warnen?“

„Wäre hinausgeworfenes Geld. Jeder Verbrecher weiß, daß er verfolgt wird. Wozu zahlt man seine Steuern?“

„Und daß Sie Bredendorf dem Gesächter der ganzen Welt preisgeben würden, das ist Ihnen gleichgültig? Glauben Sie, die Leute gehen zur Hervenkur in einen Badeort, in dem laut öffentlicher Bekanntmachung eine uneingefangene Verbrecherbande herumläuft? Die Geschichte muß geheim bleiben! Geheim, geheim, geheim!“

„Und ich verriere die Ansicht, sie muß öffentlich werden! Deffentlich, öffentlich, öffentlich!“

Es entstand eine Pause.

Funke seufzte tief.

„O Gott!“ dachte er, „in einer halben Stunde muß ich im Kurtheater sein, zur Galavorstellung zu Ehren des Maharadschas, und da stehe ich nun und balge mich mit diesem Ibioten herum!“

Und Eduard Bohnkraut dachte: „Da haben sie nun die ganzen Hände voll Affen, in denen jedes Menschen Stidbries mit sämtlichen Mutiermalen und anderen Schönheitsfehlern verzeichnet ist, und dabei lassen sie am hellen, lichten Tag ein dreistöckiges Haus nebst fünfprozentiger Hypothek stehen! Dear me!“

Der Polizeigewaltige nahm zuerst das Wort wieder. „Lassen Sie uns vernünftig reden!“

„Warte schon die ganze Zeit darauf, daß Sie das tun!“

(Fortsetzung folgt.)

Heute von 4 Uhr ab geöffnet! Sonntag von 1 Uhr ab geöffnet!



Einzelpaare Lackschuhe und Wildlederschuhe

in guter Qualität, ungefähre Größen 35-41

Preis: 8500, 9500, 10500

Damenstiefel Gr. 36-37, 6500, in Boxcalf alle Größen 7750, 9500, 11500.

Grosse Auswahl in Leder- u. Luxus-Schuhwaren, allerfeinste Fabrikate.

Feiwellowitz, Fleisbänken-Strasse No. 8.

Winterschuhe, Gummischuhe, Ball-Deberschuhe

Schaufelstiefel (Holz) zu haben. Zu erf. i. der Exped. d. Bl. Ein neuer Reise-Fahrpelz... Damenhalbschuhe

100 000 Mark zur 1. Stelle auf ein Stadtgrundstück gesucht. Empfehlung von den neuesten Aufträgen: Grundstück 120 Mrg., 14 Morgen erhalt. Wiesen...

Die Hauptagentur einer alten deutschen Feuerversicherungs-Gesellschaft. Die auch Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen betreibt...

Reisebeamte möglichst der lit Sprache mächtig, stellt bei hoher Provision oder festem Gehalt ein. Persönliche Vorstellung erwünscht.

Memelmarken alle Ausgaben, namentlich Flugpost, kaufe stets. Paul Strauss München, Rosenkral 21

Sin beantragt 10 000 000 Mark in feridtem kurzfristigen Geschäft zu placieren. Offerten unter Nr. 36 an die Expedition dieses Blattes.

Achtung! Schlachtpferde kauft stets F. Brillat, Rohrlächterei Memel, Telefon 626. Rottschlachten bitte Sehdefzug Telefon 160 anzumelden.

Die Hauptagentur einer alten deutschen Feuerversicherungs-Gesellschaft. Die auch Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen betreibt...

Reisebeamte möglichst der lit Sprache mächtig, stellt bei hoher Provision oder festem Gehalt ein. Persönliche Vorstellung erwünscht.

E. Pettkat, Güteragentur Sehdefzug, Triftstr. Tel. 102. Inghmann mit Hofgänger und ein Gespannknecht

Briefmarken-Zentrale Stauerstraße 5 kauft vor und nach den Feiertagen sämtliche nicht am Schalter erhältlichen Memelmarken...

Hausmann bei gutem Gehalt und freier Station gesucht. Schützenhaus.

Dame wird für den Schalterdienst gebraucht. Schriftliche Bewerbung erbeten. F. W. Siebert Memeler Dampfboot A.-G.

Montoristin (Anfängerin), mit Kenntnissen in Stenographie und Schreibmaschine, wird gesucht. Gest. Offerten u. 63 an die Exped. d. Bl.

Wir suchen zum sofortigen oder späteren Eintritt eine durchaus brauchbare u. gewandte Verkäuferin für unser Kurz- und Wollwaren-Lager...

Motor- u. Maschinenöle Conf. Fette, Stauferjett Ceinölsfirnis Benzin Zement, Kalk, Dachpappe Düngemittel

Stellmacherehebling stellt ein M. Brücks Wiesenstraße 1-3.

Die Organistenstelle für die Kirche Memel-Land ist neu zu besetzen. Melb, sind an Herrr Böhmelt, Kirchenstraße 3, zu richten.

2. Beamter oder Vogt. Nur bestempfohlene Leute wollen umgeben beglaubigte Zeugnisabschriften...

Carl Fischer folgendes eingetroffen: Die Firma ist erloschen. Memel, den 9. Dezember 1922. Das Amtsgericht Alt. 1.

Die Weihnachtsüberraschung

Von Adolph Parwinski-Frittis

In einem grauen Dezemberabend kommt Frau Botte mit Paketen beladen - vom Ausgange in die Stadt - heim. "Alles Liebfte, empfängt ihr Mann sie erheitert, was halt du denn da alles gekauft? ...

"Na ja, du" drängt die ungeduldige Ehehälfte. "Ach, ich dir's ja schon an, du hast etwas! Kann man's irgendwo aufstellen, oder trage ich's mit mir herum?"



Ein praktischer Christbaumständer Nicht wenig Sorge macht dem Weihnachtsmanne vielfach die feste, sichere Aufstellung des Christbaumes. In der Regel wird wohl das reinliche Holzkreuz als Ständer verwendet...

Am vorletzten Sonntag vor Weihnachten bekommen Mahlers Besuch. Der neue Herr Amtsratsrat des kleinen Städtchens macht mit seiner jungen Frau Visite...

Der amerikanische Warenhandlung gestorben Im hohen Alter von 84 Jahren ist dieser Tage in New York John Banamaker gestorben, der Begründer der nach ihm genannten amerikanischen Kaufhäuser...

Menschen untereinander von Bruno S. Bürgel, geb. 18. 11. 1878, in Goll. geb. 6. 11. 1878, Schiffszahl 280 M. Es sind philosphisch-religiöse Studien eines Naturforschers...